

Fraktiondirekt

Das Monatsmagazin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion · Juni 2017

Dem Schutz der Bürger verpflichtet

Der Kampf gegen Kriminalität
bleibt zentrale Aufgabe der Politik

Einsatz für die Glaubensfreiheit

Fundamentalisten bedrohen in vielen Ländern
das Menschenrecht auf freie Religionsausübung

3

Der Monat
Volker Kauder

4

Die Meinung
Michael Grosse-Brömer

5

Die Fakten

6

Der Brennpunkt
Einsatz für die Glaubensfreiheit

12

Die Themen
Dem Schutz der Bürger verpflichtet

16

Das Gespräch
Jürgen Hardt über Donald Trump

18

Die Themen
Direkter Draht in den Bundestag

19

Die Bilder

20

Die Fraktion
Freiheit und Verantwortung

21

Die Antworten
Fragen und Antworten zu der Gefahr, die aus dem Netz kommt

22

Die Zahlen

23

Der Gast
Roswitha Müller-Piepenkötter über den Schutz der Bürger vor Kriminalität

23

Impressum

24

Das Zitat

6

Religionsfreiheit ist ein grundlegendes Menschenrecht. Dennoch werden in erschreckend vielen Ländern Christen und andere Gläubige verfolgt und getötet.



© Picture Alliance / Pacific Press Agency / Rana Sajid Hussain

12

Sicherheit und Freiheit gehören untrennbar zusammen. Deshalb hat der Schutz der Bürger vor Terror und anderer Kriminalität für die Unionsfraktion höchste Priorität.



© Picture Alliance / Arno Burgi

18

Günter Baumann, Vorsitzender der AG Petitionen, ist überzeugt, dass der Petitionsausschuss des Bundestags noch immer ein Alleinstellungsmerkmal hat.



© Deutscher Bundestag / Andi Hill

Liebe Leserinnen und Leser,

nach den drei Wahlerfolgen der CDU im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen gehen wir mit großer Zuversicht in die nächsten Monate. Wir werden allerdings nicht abheben. Noch immer geht es darum, diese Wahlperiode erfolgreich zu beenden. Bis Ende Juni – bis zum Ende der letzten regulären Sitzungstage im Parlament – müssen noch viele wichtige Gesetze beschlossen werden. Der Bundestag ist das oberste Gesetzgebungsorgan und keine Wahlkampf Bühne.

Diese Ausgabe von »Fraktion direkt« widmet sich in ihrer Titelgeschichte einem Thema, dem die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den vergangenen vier Jahren erneut großes Gewicht beigemessen hat: dem Kampf für Religionsfreiheit und speziell für verfolgte Christen. Bereits von 2009 bis 2013 war es uns gelungen, unser Anliegen auf die politische Tagesordnung in Deutschland zu setzen.

In dieser Wahlperiode folgten weitere wichtige Schritte: Nicht zuletzt auf unser Betreiben wurde ein internationales Netzwerk von Parlamentariern geknüpft, das für religiös verfolgte Menschen in aller Welt eintritt. Ebenfalls auf unser Drängen wurde in der EU ein Beauftragter für Religionsfragen berufen. Die Bundesregierung gab erstmals einen Bericht zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit ab – ein Punkt, den wir in den Koalitionsverhandlungen festgeschrieben hatten. Somit haben wir gezeigt, dass das »C« in unserem Parteinamen kein historisches Relikt ist, sondern uns stets leitet und anspricht.

Ein weiterer Schwerpunkt für uns war die Verbesserung der inneren Sicherheit, den wir ebenfalls in »Fraktion direkt« aufgreifen. Wie noch nie zuvor hat der Bund in den vergangenen Jahren sein Engagement im Kampf gegen Kriminalität und Terror verstärkt. Die Wahlen haben es gezeigt: Die Bürgerinnen und Bürger setzen auf diesem Gebiet besonderes Vertrauen in uns. Gerade auf dem Feld der Inneren Sicherheit wandeln sich die Herausforderungen. So könnten in den nächsten Jahren digitale Bedrohungen wie Angriffe im Internet an Bedeutung gewinnen. Wir müssen wachsam bleiben.

lh

Volker Kauder



© Laurence Chaperon

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

Viel Rückenwind für die Entscheidung im September

Das »Triple« macht Mut für die Bundestagswahl

Drei klare Wahlsiege in drei sehr unterschiedlichen Bundesländern und dazu die Ablösung von zwei SPD-Ministerpräsidenten: Wenige Monate vor der Bundestagswahl könnte die Bilanz der Union nicht besser ausfallen. Im Februar bildete die Landtagswahl im Saarland den Auftakt für das überzeugende 3:0 gegen die SPD. Mit einer beeindruckenden Mobilisierungsleistung gelang es Annegret Kramp-Karrenbauer und der CDU, die Konkurrenz weit hinter sich zu lassen und alle rot-roten Blütenträume zerplatzen zu lassen. Erneut wurde deutlich: Für eine Beteiligung der Linkspartei an einer Regierung gibt es im Saarland ebenso wenig eine Mehrheit wie in den allermeisten anderen Regionen Deutschlands.

Es folgte Anfang Mai die Wahl in Schleswig-Holstein, wo Daniel Günther und seinem Team ebenfalls eine großartige Aufholjagd gelang. Die ausgelaugte Koalition von SPD, Grünen und SSW wurde von den Wählerinnen und Wählern abgelöst und muss nun einer CDU-geführten Landesregierung weichen. Schließlich eine Woche später Nordrhein-Westfalen: Dass es Armin Laschet und der CDU gelang, die sogenannte »Herzkammer« der SPD zu erobern, empfinde ich immer noch als sensationellen Erfolg. Mit

»Wenige Monate vor der Bundestagswahl könnte die Bilanz der Union nicht besser ausfallen.«

Innerer Sicherheit, Bildung und Verkehr haben Armin Laschet und seine Mannschaft zwischen Rhein und Weser auf die richtigen Themen gesetzt und die Schwächen der bisherigen rot-grünen Landesregierung zielsicher bloßgelegt.

Wie immer gab es für alle drei Wahlerfolge des Frühjahrs auch regionale Gründe. Doch das »Triple« der CDU macht deutlich, dass die Union hervorragende Aussichten hat, auch die Bundestagswahl im September klar zu gewinnen. Die Meinungsumfragen zeigen, dass die hohen Zustimmungswerte, die Angela Merkel und die CDU/CSU auf Bundesebene genießen, eine wichtige Voraussetzung für die jüngsten Wahlsiege waren.

So wie in den zurückliegenden Landtagswahlkämpfen sind unsere Grundüberzeugungen auch für den kommenden Bundestagswahlkampf die richtige Leitschnur. Wir wissen, dass wirtschaftlicher Erfolg die unverzichtbare Voraussetzung für einen starken Sozialstaat ist. Wir wissen, dass die Menschen ein Anrecht auf größtmöglichen Schutz vor Kriminalität haben. Wir wissen, dass Deutschland nur dann stark bleiben kann, wenn es bei den Investitionen in Bildung, Forschung und Verkehr die richtigen Schwerpunkte setzt. Wir wissen, dass eine solide Haushaltspolitik eine wichtige Voraussetzung für einen dauerhaften Wirtschaftsaufschwung ist. Und dazu haben wir mit Angela Merkel eine Bundeskanzlerin, die Deutschland mit ihrer Erfahrung, Umsicht und Verlässlichkeit sicher durch unruhige Zeiten führt.

Während die Sozialdemokraten und ihr angeschlagener Spitzenkandidat noch immer damit beschäftigt sind, die eigene Vergangenheit aufzuarbeiten, richten wir den Blick in die Zukunft. Mit unserem personellen und inhaltlichen Angebot haben wir alle Chancen, auch die Bundestagswahl am 24. September klar zu gewinnen und danach wieder eine Regierung unter der bewährten Führung von Angela Merkel zu bilden.



Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wussten Sie, dass...

...die Rente bei Erwerbsminderung verbessert wird?

Rund 1,8 Millionen Frauen und Männer sind in Deutschland auf eine Erwerbsminderungsrente angewiesen, weil sie aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr oder nur noch eingeschränkt arbeiten können. Es ist eine große soziale Leistung der gesetzlichen Rentenversicherung, dass sie nicht nur der Alterssicherung dient, sondern auch diesen Menschen hilft. Denn oft geht die gesundheitsbedingte Beendigung oder Einschränkung der Berufstätigkeit auch mit einem schweren persönlichen Schicksalsschlag einher.

Um für die Betroffenen das Armutsrisiko weiter zu reduzieren, hat die Koalition nun beschlossen, die Bedingungen für die Erwerbsminderungsrente erneut zu verbessern. Bis 2014 waren Betroffene bei der Erwerbsminderungsrente so gestellt, als hätten sie bis zum 60. Lebensjahr weiter gearbeitet. Diese sogenannte Zurechnungszeit hatte die Koalition bereits um zwei Jahre auf 62 Jahre erhöht. Für neue Betroffene wird die Zurechnungszeit nun bis 2024 stufenweise um weitere drei Jahre auf 65 Jahre verlängert. Das stellt sie rentenrechtlich so, als hätten sie drei Jahre länger gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt. Dadurch steigt die Höhe der monatlichen Erwerbsminderungsrente spürbar an.

 Bundestagsdrucksache
18/11926

...Einbrecher künftig härter bestraft werden?

Die hohe Zahl der Wohnungseinbrüche verunsichert die Bürger. Für die CDU/CSU-Fraktion ist Einbruch kein Kavaliersdelikt. Sie hat deshalb darauf gedrungen, Wohnungseinbruchdiebstahl als Verbrechen einzustufen. Im Mai beriet der Bundestag in erster Lesung ein Gesetz, mit dem die Mindeststrafe von einem halben auf ein Jahr erhöht wird. Die Anhebung des Strafmaßes soll Einbrecher abschrecken und dazu beitragen, dass Verfahren nicht mehr so häufig eingestellt werden.

Daneben erhalten Strafverfolgungsbehörden mehr Möglichkeiten zur Ermittlung der Täter. So können sie die ohnehin auf Vorrat gespeicherten Verkehrsdaten abfragen.

Ein Einbruch stellt einen schwerwiegenden Eingriff in den persönlichen Lebensbereich von Menschen dar. Die Opfer sind oft über lange Zeit traumatisiert. Um die Menschen in ihren eigenen vier Wänden so gut wie möglich zu schützen, hat der Bund die Förderung für den Einbau einbruchsicherer Fenster oder Türen ausgeweitet. Bereits Investitionen ab 500 Euro sind jetzt förderfähig. Bislange lag die Mindestsumme bei 2.000 Euro. Die Höhe des Zuschusses beträgt zehn Prozent der Investition. Bis zu 1.500 Euro Zuschuss sind möglich. Von der Absenkung der Förderschwelle profitieren insbesondere Mieter.

 Bundestagsdrucksache
18/12359


...der Kampf gegen Steuerhinterziehung verschärft wird?

Jeder Steuerzahler erwartet, dass sich alle Bürger und Unternehmen im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. Steuerhinterziehung und unfaire Steuerpraktiken werden zu Recht geächtet. Denn sie untergraben die allgemeine Steuermoral und verzerren den Wettbewerb.

Der Bundestag hat die Steuerhinterziehung über Briefkastenfirmen in so genannten Steueroasen wie Panama nun deutlich erschwert. Wer solche Auslandsbeziehungen nutzt, muss sie in Zukunft offenlegen. Damit steigt das Risiko, bei illegalen Geschäften entdeckt zu werden.

Zugleich hat der Bundestag auch die legale Steuervermeidung durch große internationale Konzerne schwerer gemacht. Mit der so genannten Lizenzschanke wird in Zukunft verhindert, dass Unternehmen ihre Lizenzennahmen für Patente in Niedrigsteuerländer verschieben, ohne dass dort tatsächlich Forschungsleistungen erbracht werden. Gerade große US-Gesellschaften nutzen solche Schlupflöcher, um ihre Gesamtsteuerlast zu reduzieren. Sie verschaffen sich damit ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile gegenüber rein national tätigen Unternehmen, die in der Regel Mittelständler sind.

Die Union setzt sich weiter für mehr internationale Steuergerechtigkeit ein. Deutschland ist bei diesem Thema Vorreiter.

 Bundestagsdrucksachen
18/8132, 18/11233, 18/11132



Christen werden weltweit am häufigsten wegen ihres Glaubens verfolgt. Laut Bundesregierung ist die Lage für sie in Nordkorea, Somalia und Afghanistan am schlimmsten.

Einsatz für die Glaubensfreiheit

Fundamentalisten bedrohen in vielen Ländern das Menschenrecht auf freie Religionsausübung

Deutschland ist vom Christentum geprägt. Rund 50 Millionen Gläubige gehören entweder einer der beiden großen Kirchen, einer christlich-orthodoxen Kirche oder einer freien Gemeinde an. Doch die religiöse Vielfalt wächst – eine Entwicklung, die Bereicherung und Herausforderung zugleich ist. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion trägt das »C« im Namen. Ihre Politik fußt auf dem christlichen Menschenbild. Selbstverständlich setzt sie sich für Christen, aber auch für Angehörige anderer Religionen ein. In der ablaufenden Wahlperiode hat sich die Unionsfraktion auf vielfältige Weise für Religionsfreiheit weltweit engagiert.

Die Religionsfreiheit ist für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eines der zentralen Menschenrechte. Denn der Glaube bildet für viele Menschen die Basis für das eigene Leben. Der Religionsbeauftragte der Fraktion, Franz Josef Jung (CDU), sagt: »Die Möglichkeit, seine Religion frei wählen und ausüben zu dürfen, ist ein Garant für ein Leben in Frieden und Freiheit.« Umgekehrt gilt: Überall

dort, wo die Menschen ihre Religion nicht frei leben können, werden auch andere Menschenrechte mit Füßen getreten. »Den Menschen zu verbieten, sich religiös zu engagieren und darüber zu reden, nimmt ihnen einen Teil ihrer Menschlichkeit und ihrer Freiheit«, betont der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder.

Wenn Kauder von der Glaubensfreiheit redet, zitiert er gerne den Brief des Apostels Paulus an die Galater. Darin heißt es: »Ihr aber, liebe Brüder, seid zur Freiheit berufen!« und »Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst.« Für Kauder stecken darin

die Kernpunkte des christlichen Menschenbildes: Freiheit und Menschenwürde, Nächstenliebe und Solidarität. Sie geben ihm Orientierung im politischen Alltag. »Entscheidungen fallen leichter, wenn man als Politiker einen ethischen Kompass hat«, sagt er.

Lange sah es so aus, als spiele Religion in Deutschland keine große Rolle mehr. Doch die Zahlen sprechen eine andere Sprache. Neben den 50 Millionen Anhängern des evangelischen, katholischen oder christlich-orthodoxen Glaubens ordnen sich geschätzte vier Millionen Menschen einer islamischen Glaubensrichtung zu, den Sunniten, den Schiiten oder der Ahmadiyya. Mehr als 100.000 Juden organisieren sich inzwischen wieder in Gemeinden – ein Zeichen des Vertrauens in den deutschen Staat und die deutsche Gesellschaft nach den Gräueln des Holocaust.

»Entscheidungen fallen leichter mit einem ethischen Kompass.«

Den Menschen so nehmen, wie er ist

Kongress der CDU/CSU-Fraktion zum 500. Jubiläum der Reformation

Am 31. Oktober 1517 heftete der Augustinermönch Martin Luther der Überlieferung zufolge seine 95 Thesen an die Tür der Schlosskirche zu Wittenberg, um die Kirche zu einer Rückbesinnung auf die zentralen Grundlagen des Evangeliums aufzurufen. Dieses Datum gilt heute als der Beginn der Reformation, die sich über die ganze Welt ausbreitete. Anlässlich des 500. Jahrestags der Reformation diskutierte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Kirchenvertretern, Politikern und Fachleuten über den Einfluss der Reformation auf die heutige Demokratie.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften, Franz Josef Jung, nannte das Reformationsjubiläum ein Ereignis von überragender Bedeutung. Zum Auftakt des Kongresses, der unter dem Motto »Von der Freiheit eines Christenmenschen – Reformation und Demokratie heute« stand, verwies Jung darauf, dass die Reformation vor 500 Jahren Vorbote für unsere heutige Zivilgesellschaft gewesen sei.

Welche Bedeutung christliche Werte für die Unionsfraktion haben, bezeugt laut Fraktionschef Volker Kauder das Kreuz, das der Künstler Markus Daum geschaffen hat und das den Fraktionssaal von CDU/CSU schmückt. »Es ist die Demonstration dessen, was uns leiten und lenken sollte«, sagte Kauder. Auch er verstehe Luther als Vordenker der Freiheit. Gleichzeitig kritisierte er, dass das Reformationsjubiläum als Event und Luther als Superstar gefeiert werde. Das entspreche zwar dem Zeitgeist, werde Luther aber nicht gerecht.

Die zentralen Sätze aus der Denkschrift Martin Luthers »Von der Freiheit eines Christenmenschen« aus dem Jahre 1520 lauten: »Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemand untertan. Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan.« Der Bevollmächtigte des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union, Martin Dutzmann, sieht darin nur einen scheinbaren Widerspruch. Tatsächlich werde damit ein Spannungsfeld umrissen: Freiheit sei niemals nur die Freiheit von etwas, sondern immer auch die Freiheit zu etwas, sei also immer auch mit Verantwortung verbunden. »Freiheit bindet sich freiwillig an das Wohl des Nächsten«, sagte Dutzmann. Dies sei grundlegend für die Demokratie.

Auch Volker Kauder hob die Verbindung von Freiheit und Nächstenliebe hervor – die Kernaussage des christlichen Menschenbildes. Als Richtschnur formulierte er, dass die Politik den Menschen als Ebenbild Gottes so nehmen müsse, wie er ist. »Es ist nicht Aufgabe der Politik, den Menschen zu formen.« Der Staat müsse zwar die Rahmenbedingungen setzen, dürfe die Bürger aber nicht ideologisch bevormunden.



Abgeordnete, Kirchenvertreter und Wissenschaftler diskutieren unter dem von Markus Daum gestalteten Kreuz im Fraktionssaal.

Artikel 4 des Grundgesetzes garantiert allen Kirchen und Religionsgemeinschaften die Glaubens- und Gewissensfreiheit. Der Staat setzt den Rahmen, um die freie Ausübung des Glaubens zu ermöglichen. Der Unionsfraktion ist es wichtig, Religionsfreiheit nicht nur in Deutschland zu ermöglichen und zu schützen, sondern weltweit. Nicht umsonst ist die Religionsfreiheit auch in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen geschützt.

Bereits 2010 hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sich dafür eingesetzt, dass der Bundestag einen Antrag »Religionsfreiheit weltweit schützen« verabschiedete. 2015 forderte der Bundestag auf Drängen der Unionsfraktion die Regierung auf, erstmalig einen Bericht über die weltweite Lage der Religions- und Glaubensfreiheit vorzulegen. Im Juni 2016 übergab das Auswärtige Amt dem Bundestag den geforderten Bericht.

In ihm wurde festgehalten, dass Christen von allen Gläubigen weltweit am häufigsten wegen ihrer Religion bedrängt und verfolgt werden. Doch auch Juden, Muslime und andere religiöse Minderheiten leiden in zahlreichen Ländern unter Diskriminierung. Unter anderem werden Gläubige daran gehindert, sich öffentlich zu ihrer Religion zu bekennen oder ihren religiösen Riten nachzugehen. Sie werden von öffentlichen Ämtern oder Schulen ausgeschlossen. Ihnen werden Dienstleistungen verweigert oder Schikanen auferlegt. Das christliche Hilfswerk Open Doors veröffentlicht jedes Jahr den »Weltverfolgungsindex«, eine Rangliste von 50 Ländern, in denen Christen am stärksten drangsaliert werden. An der Spitze stehen Nordkorea, Somalia und Afghanistan.

Franz Josef Jung zieht daraus die Schlussfolgerung, dass »das Menschenrecht auf Religionsfreiheit fester Bestandteil der Außenpolitik der Bundesregierung werden muss«. So müssten sich die auswärtigen Vertretungen Deutschlands systematisch mit der Thematik befassen und verantwortliche Mitarbeiter benennen. Auf europäischer Ebene hat die Unionsfraktion gemeinsam mit befreundeten Fraktionen anderer EU-Länder



Wenige Tage nach dem mörderischen Anschlag auf koptische Christen besuchte CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder im Dezember 2016 die St.-Peter- und-Paul-Kirche in Kairo.

»Religionsfreiheit muss fester Bestandteil der Außenpolitik werden.«

bereits einen Erfolg erzielt. Im Mai 2016 ernannte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker mit Jan Figel erstmals einen Sonderbeauftragten für Religionsfreiheit. Ende April wurde dessen Mandat um ein Jahr verlängert. Die Unionsfraktion dringt auf Verstärkung des Amtes und eine angemessene finanzielle Ausstattung.

Neben dem Religionsbeauftragten gibt es innerhalb der Fraktion auch Zusammenschlüsse von Abgeordneten, denen die Religionsfreiheit ein besonderes Anliegen ist. So haben im Jahr 2010 Parlamentarier aller Fachrichtungen

den Stephanus-Kreis gegründet – benannt nach dem ersten christlichen Märtyrer. Für den Vorsitzenden des Stephanus-Kreises, den CDU-Abgeordneten Heribert Hirte, ist die Religionsfreiheit das »Herzstück« der Freiheitsrechte, für das man »hör- und sichtbar« eintreten muss. Der Kreis kümmert sich um Christen, die aufgrund ihres Glaubens diskriminiert werden. Seine Mitglieder laden Betroffene ein, reisen zu ihnen, weisen in deren Heimatländern auf Missstände hin und zeigen den Bedrängten so: »Wir sind für euch da, wir setzen uns für euch ein.«

Hirte sagt: »Unsere effizienteste Waffe ist das Wort.« Der Kreis schreibe Appelle an Regierungen und mache in den Medien auf das Thema aufmerksam.

Ähnlich operiert auf weltweiter Ebene auch das International Panel of Parliamentarians for Freedom of Religion or Belief (Internationale Parlamentarier-Konferenz für Religions- oder Glaubensfreiheit), das sich 2014 gründete und zu dessen Erstunterzeichnern die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gehört. Nach der ersten Tagung am Sitz der Vereinten Nationen in New York 2015 lud die CDU/CSU-Bundestagsfraktion das Netzwerk nach Berlin ein. Im Herbst 2016 folgten 110 Parlamentarier aus 50 Ländern der Einladung und berieten über zwei Tage lang über das Grundrecht auf Religionsfreiheit.

»Religionsfreiheit
stärker gefährdet
als je zuvor.«

Volker Kauder wies darauf hin, dass die Religionsfreiheit heute stärker gefährdet sei als zuvor. In der Vergangenheit sei dieses Grundrecht vor allem durch Regierungen beeinträchtigt worden. Heute sei die Religionsfreiheit vor allem dort eingeschränkt, wo staatliche Gewalt nicht mehr oder schlecht funktioniere. Zu nennen sind hier Nigeria, Irak und das Bürgerkriegsland Syrien.

Der Bürgerkrieg in Syrien gab dem Thema Religionsfreiheit auch in Deutschland eine neue Relevanz. Syrische Flüchtlinge suchten in Deutsch-



Spuren der Verwüstung: Die St. Georgs-Kirche im Nordosten Syriens wurde von Mitgliedern der Terrormiliz IS in Brand gesteckt.

Die Union steht für gelebte Verantwortungsethik

Thomas Rachel über den Evangelischen Kirchentag

Herr Rachel, der Evangelische Kirchentag stand in diesem Jahr unter der Losung »Du siehst mich« aus dem 1. Buch Mose. Was verbinden Sie damit?

Rachel: An dieser Stelle der Bibel in 1. Mose 16,13 heißt es ja eigentlich: »Du bist ein Gott, der mich sieht.« Der Hintergrund ist: Der ägyptischen Magd Hagar, die – schwanger von Abraham – vor seiner eifersüchtigen Frau Sarah geflohen ist, erfährt in ihrer großen Not die Nähe und den Zuspruch Gottes. Es geht also nicht um das moralistische »Der liebe Gott sieht alles«, mit dem früher mit erhobenem Zeigefinger oft die Kinder gemäßregelt wurden. Es geht vielmehr darum – und dafür steht ja auch die ziemlich anstößige Hagar-Geschichte –, dass Gott bei uns ist und uns in unseren Lebenskrisen, wenn die Dinge eben nicht rund laufen, trotzdem nahe ist. Gott sieht unser Leid, unsere Verirrungen und unser Elend. Er schaut nicht weg und ist uns nicht fern. Gott lässt uns nicht aus seiner gnädigen und liebevollen Hand.

Im Mittelpunkt des Kirchentags stand das Reformationsjubiläum. Reformation bedeutet Veränderung. Wo sehen Sie Veränderungsbedarf?

Rachel: Reformation bedeutet eigentlich Erneuerung auf der Basis bewährter Grundlagen. Nicht die abstrakte Veränderung selbst ist das Ziel, sondern die Bemühung, die guten, lebensförderlichen und erhaltenswerten Grundlagen immer wieder an die sich wandelnden Gegebenheiten anzupassen. Blicken wir aus politischer Verantwortung auf die Sache, so erkennen wir die zentralen Herausforderungen der Gegenwart – z.B. die Bewältigung der Flüchtlingskrise, der Einsatz für Demokratie und Menschenrechte in der Welt,



© Frank Ossenbrink

die Erneuerung der Europäischen Union und das Ringen um den gesellschaftlichen Zusammenhalt – angesichts zunehmender globaler Krisen und Gefährdungen.

An einigen Stellen aber ist die Gesellschaft mit Tempo und Ausmaß der Veränderungen überfordert. Wie kann man Menschen helfen, damit fertig zu werden?

Rachel: Das ist ein schwieriger, aber unverzichtbarer kommunikativer Prozess ohne einfache politische Antworten. Aber die Einsicht in das Notwendige und Vernünftige muss in ruhiger, umsichtiger Weise immer wieder erarbeitet und vermittelt werden. Wir als Union sind für gelebte Verantwortungsethik aus christlichem Glauben heraus und gegen ideologische Parolen oder bloße Gesinnungsfloskeln.

Wie kommen Politik und Kirche beim Thema Flucht, Migration und Integration zueinander?

Rachel: Ich habe – auch als Mitglied des Rates der EKD – die Wahrnehmung, dass der Kurs der von Angela Merkel geführten Bundesregierung viel Verständnis und Zustimmung erfährt. Bei allen noch zu lösenden Problemen wird anerkannt, wieviel hier im Sinne der Hilfe suchenden Menschen von Deutschland aus geleistet worden ist.

Dank gilt den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen, gerade auch aus den kirchlichen Bereichen, die sich für gelingende Integration engagieren.

Thomas Rachel
Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung und Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK)

land nicht nur Schutz vor Krieg und Gewalt, sondern auch vor religiöser Verfolgung und Intoleranz. Umso erschütternder, dass es in deutschen Flüchtlingsunterkünften 2016 zu Übergriffen auf Christen gekommen war, wenn auch vereinzelt.

Die Unionsfraktion setzte sich daher dafür ein, dass bei der Auswahl der Träger der Unterkünfte und des Wachpersonals mehr Wert auf Qualität und Kompetenz gelegt wird. Die Bundesländer sind seitdem gehalten, solche Vorfälle in einer gesonderten Rubrik für religiös motivierte Straftaten zu erfassen. Frauen, die Opfer eines – auch religiös motivierten – Übergriffs werden, können sich an eine zentrale Hotline des Familienministeriums wenden. Eine Trennung der Flüchtlinge nach Religionen lehnt die Unionsfraktion jedoch ab.





© Picture Alliance / Boris Roessler

Dem Schutz der Bürger verpflichtet

Der Kampf gegen Kriminalität bleibt
zentrale Aufgabe der Politik



Der Luftverkehr gehört zu den besonders sensiblen Sicherheitsbereichen. Eine Doppelstreife der Bundespolizei auf dem wichtigsten deutschen Flughafen Frankfurt am Main.

»Polizisten und Rettungskräfte halten jeden Tag den Kopf für uns hin.«

Personalaufbau, wie es ihn noch nie gegeben hat«, hebt Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hervor. Allein die Bundespolizei wird mit 7.500 Stellen und das Bundeskriminalamt mit 1.300 Stellen gestärkt. Hinzu kommen im Zeitraum 2017 bis 2020 rund zwei Milliarden Euro zusätzliche Mittel für Investitionen in eine bessere Ausrüstung.

Die Koalition hat außerdem die Strafen für tätliche Angriffe auf Polizisten und Einsatzkräfte deutlich erhöht. »Polizisten und Rettungskräfte halten in ihrem Beruf jeden Tag den Kopf für uns hin«, betont die rechtspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Elisabeth Winkelmeier-Becker, und unterstreicht, dass Polizisten und Rettungskräfte besonderen Schutz und besondere Anerkennung verdienen.

Bessere Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern

Straftäter agieren zunehmend grenzüberschreitend und nutzen die Schwächen der Polizeistrukturen gezielt aus. Der Bundestag hat deshalb eine Reihe von Gesetzen beschlossen, die die Zusammenarbeit der nationalen und internationalen Sicherheitsbehörden erheblich verbessern. Mit dem neuen Bundeskriminalamtsgesetz wird die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern über eine moderne polizeiliche IT-Infrastruktur weiter verbessert. Nicht zuletzt die Pannen im Fall des Attentäters Anis Amri haben gezeigt, wie wichtig es ist, dass der Bund bei schwerwiegenden Delikten die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern koordiniert. Letztendlich geht es dabei auch um die Frage, wie sich ein möglichst hohes, einheitliches Sicherheitsniveau in ganz Deutschland erreichen lässt. Davon »sind wir im Moment leider noch weit entfernt«, kritisiert der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Stephan Harbarth, und weist darauf hin, dass beispielsweise in Nordrhein-Westfalen das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, um etwa 70 Prozent höher ist als in Bayern.

Diese nationalen Maßnahmen werden durch internationale Maßnahmen ergänzt. So hat der Bundestag die Voraussetzung für den grenzüberschreitenden Austausch von Fluggastdaten in Europa geschaffen. Die Sicherheitsbehörden können so die Reisebewegungen von Terroristen und Schwerkriminellen künftig besser nachvollziehen. Zusammen mit der Novellierung des Europol-Gesetzes »werden diese Maßnahmen die Zusammenarbeit in Europa im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung wesentlich verbessern«, unterstreicht der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Stephan Mayer.

Kampf gegen den islamistischen Terrorismus

Deutschland steht nach wie vor im Fadenkreuz des islamistischen Terrorismus. Die Koalition hat auf diese Herausforderung reagiert und den Sicherheitsbehörden eine Reihe zusätzlicher Befugnisse verliehen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Verhinderung von Anschlägen. Die Strafbarkeit der Terrorismusfinanzierung wurde verschärft und die Abschöpfung von Vermögen, das aus kriminellen Taten

Jeder Bürger erwartet zu Recht, dass ihn der Staat vor Kriminalität und Gewalt schützt. Es gibt einen untrennbaren Zusammenhang zwischen Sicherheit und Freiheit oder – wie es Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem Tag der Inneren Sicherheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion formuliert hat: »Wir wissen, dass Freiheit nur gelebt werden kann, wenn Sicherheit weitestgehend garantiert ist.«

Deutschland ist nach wie vor eines der sichersten Länder der Welt. Trotzdem zeigen das schreckliche Attentat auf dem Berliner Weihnachtsmarkt, die steigende Kriminalität im Netz oder auch die nach wie vor zu hohe Zahl von Wohnungseinbrüchen, dass der Staat beim Thema Innere Sicherheit immer wieder neu reagieren muss. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist die Wahrung der Inneren Sicherheit deshalb eine zentrale Aufgabe der Politik.

Mehr Personal in den Sicherheitsbehörden

Sicherheit fängt mit ausreichendem Personal bei den Sicherheitsbehörden an. Bis 2020 soll es 10.000 neue Stellen bei den Sicherheitsbehörden des Bundes geben. »Das ist ein



© Picture Alliance / Geisler-Fotopress / Christoph Hardt

Die Union tritt dafür ein, dass die Videoüberwachung an viel besuchten öffentlichen Orten wie etwa dem Platz vor dem Kölner Hauptbahnhof ausgeweitet wird.

stammt, erheblich vereinfacht. Außerdem kann das Bundeskriminalamt bei gefährlichen Islamisten, so genannten Gefährdern, jetzt auch elektronische Fußfesseln zur Überwachung einsetzen. Gleichzeitig hat der Bundestag die Abschiebung von solchen Gefährdern erleichtert.

Stärkerer Schutz vor Wohnungseinbrüchen

Die Einbruchszahlen in Deutschland bewegen sich weiterhin auf einem nicht hinnehmbar hohen Niveau. Die Unionsfraktion weist darauf seit Jahren hin. Angesichts der Bedeutung von Präventionsmaßnahmen hat sie dafür gesorgt, dass die Bürger über die KfW-Zuschüsse für bauliche Maßnahmen zur Sicherung ihrer Wohnungen oder Häuser beantragen können.

Darüber hinaus hat sie immer wieder gefordert, dass der Wohnungseinbruch endlich als Verbrechen mit einer Mindeststrafe von einem Jahr Haft bestraft wird. Nach langem Zögern hat die SPD ihren Widerstand aufgegeben, so dass das Kabinett am 10. Mai 2017 eine entsprechende Strafverschärfung und Verbesserung der Ermittlungsmöglichkeiten auf den Weg bringen konnte. Fraktionschef Volker Kauder (CDU) dringt nun auf Tempo: »Die Unionsfraktion wird alles daran setzen, dass das Gesetzesvorhaben bis zum Sommer ohne Verzögerung verabschiedet wird.« Als besonderen Erfolg wertet er, dass die Ermittler bei der Aufklärung nun auch auf gespeicherte Verbindungsdaten zurückgreifen können. Kauder geht davon aus, dass dies potenzielle Täter abschrecken wird und dass mehr Fälle aufgeklärt werden.

Die Einbruchszahlen in Deutschland bewegen sich weiterhin auf einem nicht hinnehmbar hohen Niveau. Die Unionsfraktion weist darauf seit Jahren hin. Angesichts der Bedeutung von Präventionsmaßnahmen hat sie dafür gesorgt, dass die Bürger über die KfW-Zuschüsse für bauliche Maßnahmen zur Sicherung ihrer Wohnungen oder Häuser beantragen können.

Sicherheit im öffentlichen Raum und im Netz

Ebenso wichtig wie der Schutz der eigenen vier Wände ist das Recht, sich ohne Angst im öffentlichen Raum bewegen zu können. Das gilt besonders für Frauen. Ein Schlüssel zu mehr Sicherheit ist eine verstärkte Polizeipräsenz vor Ort. Die Union appelliert deshalb insbesondere an die rot-grün geführten Länder, es dem Bund gleich zu tun und endlich mehr Polizisten einzustellen.

»Freiheit kann nur gelebt werden, wenn Sicherheit weitestgehend garantiert ist.«

Zu einem besseren Sicherheitsgefühl trägt auch die Videoüberwachung öffentlicher Räume bei. Sie hilft außerdem bei der Aufklärung von Straftaten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat daher dafür gesorgt, dass es leichter möglich ist, Videoüberwachung wie etwa in Einkaufszentren einzusetzen. Darüber hinaus hat die Koalition Strafbarkeitslücken bei Vergewaltigung, sexueller Nötigung und sexueller Belästigung geschlossen.

In Zukunft wird die Cybersicherheit und damit vor allem die Frage, wie Deutschland seine Infrastrukturen

besser vor Angriffen aus dem Netz schützen kann, weiter stark an Bedeutung gewinnen. Mit der Cybersicherheitsstrategie, dem Gesetz zum Schutz wichtiger Infrastrukturen und der Entscheidung zum Aufbau der Zentralen Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich – kurz: ZITIS – hat die Bundesregierung die Weichen richtig gestellt.

Die Union wird die Herausforderungen für die Sicherheit unseres Landes weiter konsequent angehen. Sie wird dies immer in dem Bewusstsein tun, dass Freiheit und Sicherheit untrennbar zusammengehören.

Die EU verstärkt ihren Kampf für mehr Sicherheit

Austausch von Fingerabdrücken und anderen Informationen

Terroristen und Verbrecherbanden machen vor Staatsgrenzen nicht halt. Umso wichtiger ist die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden auf europäischer Ebene. Unter dem Eindruck der Anschläge in Paris, Brüssel und Nizza hat die Europäische Union begonnen, ihre Instrumente zur Terrorismusbekämpfung zu schärfen. So hat sie die Kontrolle der EU-Außengrenzen verstärkt und den Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden verbessert. Bis zum Jahre 2020 will sie ein umfassendes europäisches System zur Reiseinformation und -genehmigung einführen. Auf diese Weise sollen Zeitpunkt und Ort der Einreise von Drittstaatsangehörigen gespeichert werden. Drittstaatsangehörige, die kein Visum brauchen, müssen dann vor der Einreise einen Online-Antrag stellen.

Eine der wichtigsten europäischen Sicherheitsbehörden ist Europol. Das Amt mit Sitz in Den Haag unterstützt die 28 EU-Staaten bei der Bekämpfung schwerer Formen der internationalen Kriminalität und des Terrorismus. Dabei arbeitet es

auch mit zahlreichen Partnerländern außerhalb der EU sowie internationalen Organisationen zusammen. Ende April beschloss der Bundestag eine Änderung des Europol-Gesetzes, mit der der Kreis der nationalen Sicherheitsbehörden ausgeweitet wird, die direkt auf Europol-Informationen zugreifen dürfen. Auch ihre Recherchemöglichkeiten in diesem Datenpool sind ausgeweitet worden.

Ebenfalls Ende April verabschiedete der Bundestag eine EU-Richtlinie zur Speicherung von Fluggastdaten. Die Daten von Passagieren, die per Flugzeug in die EU einreisen, sie verlassen oder zwischen den Mitgliedstaaten hin- und herreisen, müssen künftig sechs Monate gespeichert werden.

Bei einer EU-Richtlinie für mehr Cyber-Sicherheit, die den Bundestag passierte, geht es um gemeinsame Mindeststandards der EU-Staaten für Sicherheitsanforderungen im Netz und Meldepflichten für bestimmte Dienste, etwa im Gesundheitsbereich. Deutschland ist dafür dank des IT-Sicherheitsgesetzes aus dem Jahre 2015 bereits gut aufgestellt. Es

verlangt unter anderem für kritische Infrastrukturen wie Wasser- oder Stromversorgung Schutzvorkehrungen gegen Hackerangriffe.

Nicht zuletzt gibt es auf europäischer Ebene seit 2003 das System Eurodac, in dem Fingerabdrücke von Asylbewerbern und illegalen Einwanderern europaweit abgeglichen werden. Seit 2015 ist es den Strafverfolgungsbehörden möglich, Fingerabdrücke, die sie genommen haben, mit dem Eurodac-Datenpool abzugleichen, wenn dies für die Abwehr oder Aufklärung schwerer Straftaten notwendig ist.



»Die Europäer müssen gemeinsame Antworten finden«

Jürgen Hardt über die ersten Monate von US-Präsident Trump

Seit dem 20. Januar 2017 ist Donald Trump Präsident der Vereinigten Staaten. »America first« lautet die Überschrift, unter die er seine Politik stellt. Entsprechend lassen sich die Konstanten seiner ersten vier Monate im Amt mit den Stichworten Nationalismus, Protektionismus und Deregulierung umschreiben. Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt, war nach Amtsantritt Trumps bereits mehrfach zu Gesprächen in den USA. Im Gespräch mit »Fraktion direkt« zieht er eine erste Bilanz.

Herr Hardt, US-Präsident Trump hat in den ersten Monaten seiner Amtszeit viele Haken geschlagen. Ist er für Sie berechenbar?

Hardt: Wir haben in den ersten Tagen nach Amtsantritt in der Tat ein Feuerwerk an Aktionismus gesehen. Nahezu alle Regierungsdekrete wurden jedoch im parlamentarischen Verfahren oder von Gerichten aufgehalten beziehungsweise abgeschwächt – die Bemühungen um Einreisebeschränkungen ebenso wie die zum Bau einer Mauer zu Mexiko. Dies zeigt einerseits: Das System der »Checks and balances« funktioniert.

Andererseits werden wir auch weiterhin mit unorthodoxen Vorstößen rechnen müssen, wie wir es jüngst beim NATO-Gipfel in Brüssel, aber auch beim G7-Gipfel in Taormina erlebt haben. Trump ist bereit, sich vom bisherigen Konsens zu lösen – in Inhalt und Stil. Wir werden auf absehbare Zeit mit Unsicherheit seitens der US-Führung konfrontiert werden. Das ist unbefriedigend, gehört aber zum Programm des ideologiegetriebenen Teils seines Apparats.

Es sah zuletzt so aus, als hätten die Pragmatiker in der US-Regierung den Sieg über die Ideologen davongetragen, zumindest in der Außenpolitik. Dann kamen Brüssel und Taormina. Was heißt das für die transatlantischen Beziehungen?

Hardt: In der Tat sahen wir in den letzten Wochen vor den Gipfeltreffen einen deutlichen Schwenk zurück zu klassischen, pragmatisch-konservativen Positionen. Dies zeigte sich in einem »unromantischeren« Umgang mit Russland ebenso wie in der Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der EU.

Vor diesem Hintergrund halte ich es nach wie vor für ein gutes und wichtiges Zeichen, dass Präsident Trump auf seiner ersten Auslandsreise nicht nur die Staats- und Regierungschefs der NATO getroffen hat, sondern auch die Spitzen der EU. Dennoch mache ich keinen Hehl daraus, dass wir uns einen anderen Auftritt des US-Präsidenten gewünscht hätten. Wir hatten auch mehr Kompromissbereitschaft bei den großen globalen Themen erwartet.

Es wird jetzt darum gehen, all unsere Kanäle zur gesamten US-Regierung und zum Kongress zu nutzen, um immer wieder unsere Argumente vorzutragen und für die transatlantische Wertepartnerschaft zu werben. Meinem Eindruck nach gibt es dafür in der Administration und im Kongress nach wie vor einen großen Resonanzboden.

Viele bezeichneten den Auftritt Trumps bei der NATO als Zeitenwende. Kann das Bündnis nach wie vor fest auf die USA zählen?

Hardt: Ich bin mir sicher, dass die NATO auch weiterhin auf die USA zählen kann. Viele der engsten Berater Trumps haben lange Jahre in NATO-Strukturen gearbeitet – allen voran sein Nationaler Sicherheitsberater McMaster sowie Verteidigungsminister Mattis. Sie haben sich von Tag eins an zum Bündnis inklusive aller damit einhergehenden Verpflichtungen bekannt. Auch Präsident Trump selbst hat die Bedeutung dieses einmaligen Bündnisses mittlerweile erkannt und betont – auch wenn er bei seiner Rede in Brüssel einen anderen Schwerpunkt gesetzt hat. Bündnistreue bedeutet nicht, dass wir nicht auch kontroverse Debatten über Einzelfragen innerhalb der Allianz führen, ja teilweise sogar innerhalb der Bundesregierung. Das betrifft zum

einen den richtigen Grad an »burden sharing«, also an finanziellem Engagement, das wir zu leisten bereit sind. Das betrifft aber auch die Rolle der NATO bei der Stabilisierung von Krisenherden. Ich finde, wir dürfen uns keine Denkverbote auferlegen, wenn es darum geht, die einmaligen Fähigkeiten der NATO zur Konfliktverhütung und Stabilisierung zu nutzen.

Die Bundeskanzlerin hat als Konsequenz aus den Gipfeltreffen die Europäer aufgerufen, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Ist das Ihrer Meinung nach sinnvoll?

Hardt: US-Präsident Trump ist auf seiner Europa-Reise Antworten auf wichtige Fragen schuldig geblieben. Wir können aber in einer komplexen Welt nicht die Hände in den Schoß legen, nur weil der Partner jenseits des Atlantiks uns über seine Absichten im Unklaren lässt. Daher ist es völlig

richtig, dass wir Europäer gemeinsam und geschlossenen Antworten auf die wichtigen Zukunftsfragen finden. Wenn die EU in außenpolitischen Fragen ähnlich geschlossen auftreten würde wie in der Handelspolitik, könnte sie sich auf internationaler Ebene deutlich besser durchsetzen.

Wie beurteilen Sie Trumps Verhalten in der Nordkorea-Krise?

Hardt: Ich kann verstehen, dass die neue US-Administration die Nordkorea-Politik einer Prüfung unterzieht. Denn die bisherige »strategische Geduld« hat nicht dazu geführt, Nordkorea vom

Ausbau der nuklearen und ballistischen Fähigkeiten abzuhalten. Das Problem ist, dass der Schlüssel zur Lösung der komplexen Gemengelage vor allem in Peking liegt. Folglich hat sich die US-Regierung entschieden, den Druck auf China in dieser Frage deutlich auszuweiten und China zu testen. Meinem Eindruck nach waren die Gespräche von Präsident Trump mit seinem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping in Trumps Feriendomizil Mar-a-Lago hierbei hilfreich.

Dem US-Präsidenten liegt nichts am Freihandel, er setzt auf »Deals«. Haben Sie noch Hoffnung auf Wiederbelebung der Verhandlungen über das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP?

Hardt: Dem würde ich vorsichtig widersprechen. Ich höre aus dem Weißen Haus, dass man keineswegs gegen freien Handel sei, sondern »fairen« Handel möchte. Da ist die Schnittmenge mit uns – wenn man ehrlich ist – doch erst einmal sehr groß. Wir müssen zunächst Aufklärungsarbeit leisten. Handel und Investitionen sind doch eng miteinander verbunden.

Es ist nicht jedem Mitarbeiter in Trumps Umfeld bewusst, dass deutsche Unternehmen nahezu eine Million Arbeitsplätze in den USA geschaffen haben und somit unmittelbar zu Wachstum und Wohlstand dort beitragen. Meinem Eindruck nach hat sich Trump gerade in jüngsten Gesprächen sehr offen gezeigt, diese Partnerschaft auf Augenhöhe weiter auszubauen. Ob es TTIP heißt oder nicht – ich habe die Hoffnung, dass wir hier in absehbarer Zeit wieder substanzielle Fortschritte erreichen können.

»Wir müssen alle Kanäle zu Regierung und Kongress nutzen.«



Jürgen Hardt
Außenpolitischer
Sprecher der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

Direkter Draht in den Bundestag

Mehr als 11.000 Eingaben erreichten 2016 den Petitionsausschuss – Jeder hat Anrecht auf eine Antwort

Günter Baumann, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Petitionen der CDU/CSU-Fraktion, hatte ein besonders originelles Beispiel parat, als er seinen Fraktionskollegen von der Arbeit des Petitionsausschusses im Jahr 2016 berichtete. Ein Bürger verlangte, einen Eltern-TÜV einzuführen, der alle zwei Jahre die Eignung der Mutter und des Vaters für die Erziehung ihrer Kinder überprüfen sollte. Die allermeisten Petitionen, mit denen sich Baumann und die übrigen Mitglieder des Gremiums beschäftigt haben, hatten allerdings einen sehr viel ernsteren Hintergrund und führten auch mehrfach zu konkreten politischen Entscheidungen. Über den Petitionsbericht debattierte im Mai der Bundestag.

In einer Petition wurde beispielsweise kritisiert, dass es einen Anspruch auf Hinterbliebenengeld bisher nur dann gab, wenn ein Angehöriger nachweisen konnte, dass durch den von anderen verschuldeten Tod eines nahen Verwandten die eigene Gesundheit beschädigt wurde. Die Koalition brachte daraufhin ein Gesetz auf den Weg, wonach Verwandten nun auch für das seelische Leid, das durch die Tötung einer nahestehenden Person verursacht wurde, ein Hinterbliebenengeld zusteht. Und es ging ebenfalls auf eine Anregung des Petitionsausschusses zurück, dass Bundeswehr-Soldaten ab dem 1. Juli 2016 auch bei landgestützten Auslandseinsätzen Telefon und Internet kostenfrei nutzen können. Auf See ist das schon seit 2015 möglich.

Abgrenzung von kommerziellen Anbietern

Insgesamt erreichten im vergangenen Jahr 11.236 neue Petitionen den Bundestag. Das sind 2.188 Petitionen weniger als im Vorjahr und auch deutlich weniger als der langjährige Durchschnitt von mehr als 17.000 seit der deutschen

Einheit. Baumann führt diesen Rückgang nicht zuletzt auf die zunehmende Zahl von Bürgerbeauftragten und Ombudsmännern zurück, die häufig für ganz spezielle Themen oder Regionen zuständig sind. Auch sei die besonders hohe Zahl von Petitionen in den ersten Jahren nach 1990 oft auf vereinigungsbedingte Probleme zurückzuführen gewesen.

Gleichwohl hat die Arbeit des Petitionsausschusses für die CDU/CSU-Fraktion weiterhin große Bedeutung. »Der Ausschuss garantiert den direkten Draht zum Gesetzgeber«, sagt Baumann. »Bei uns steht die Suche nach einer konkreten Lösung stets im Mittelpunkt.« Damit grenze sich der Petitionsausschuss von vielen kommerziellen Anbietern ab, bei denen es häufig um »politische Meinungs-mache und Effekthascherei« gehe.

Öffentlichkeitsarbeit intensivieren

Baumann verlangt aber auch, dass der Petitionsausschuss seinen Webauftritt weiter optimiert, um seine Alleinstellungsmerkmale klarer herauszustellen. Auch müsse die Öffentlichkeitsarbeit etwa durch verstärkte Präsenz auf Messen intensiviert werden. »Private Angebote sind kein adäquater Ersatz für das parlamentarische Verfahren«, ist Baumann überzeugt. »Eingaben an den Bundestag werden garantiert angenommen, geprüft und durch das Parlament beschieden.«

Für CDU und CSU habe jede Eingabe den gleichen Stellenwert – maßgebend sei allein der Inhalt. »Für uns ist es wichtig, dass eine Bürgerin oder ein Bürger nicht Tausende von Mitstreitern benötigt, um erfolgreich für eine Sache zu werben«, sagt Baumann. Jeder habe ein Anrecht auf eine zeitnahe und fundierte Antwort. Das gelte genauso für die Rentnerin, die mit Hilfe des Ausschusses eine Nachzahlung in Höhe von mehr als

7.000 Euro erhielt, wie auch für den elfjährigen Jungen, der den Bundestag aufforderte, den Nikolaustag am 6. Dezember zum Feiertag zu machen.



Kanzlerin Angela Merkel mit dem Vorsitzenden Günter Baumann (links neben ihr) und den anderen Mitgliedern der Arbeitsgruppe Petitionen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Merkel und Obama auf dem Kirchentag

Die Diskussion von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem früheren amerikanischen Präsidenten Barack Obama am Brandenburger Tor in Berlin war einer der Höhepunkte des 36. Deutschen Evangelischen Kirchentags. In dem Gespräch vor rund 80.000 Besuchern ging es unter anderem um die Frage, wie sich ethische Grundsätze mit den Kompromissen vereinbaren lassen, zu denen man oft in der Politik bereit sein muss. Militärische Gewalt, so waren sich beide einig, darf in Konflikten immer nur das letzte Mittel sein.



© Picture Alliance/Britta Pedersen

Film trifft Politik

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion trifft traditionell am Tag der Verleihung des Deutschen Filmpreises die deutsche Filmbranche. Im Mai 2017 jährte sich der Filmempfang schon zum siebten Mal. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Kultur und Medien, Marco Wanderwitz, zog eine positive filmpolitische Bilanz der unionsgeführten Bundesregierung: »Mit 150 Millionen Euro Bundesfilmförderung im Etat von Kulturstaatsministerin Monika Grütters sind wir in neue Dimensionen vorgestoßen.« Auch die Präsidentin der Deutschen Filmakademie, Iris Berben, hob hervor, welch hohen Stellenwert deutsche Filme mittlerweile im In- und Ausland genießen.



© Steven Rößler

Eckart von Hirschhausen macht die Fraktion fit

Die Gesundheit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter liegt der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag am Herzen. Schon zum zweiten Mal nach 2015 konnte sich das Fraktionspersonal bei einem Gesundheitstag über gesundheitliche Prävention informieren, an Aktionsständen den jeweiligen Gesundheitsstand testen lassen und in einer launigen Diskussionsrunde den Tipps für Herz und Hirn von Eckart von Hirschhausen (links stehend) und weiteren Ärzten lauschen. Auf dem Foto sind außerdem der Kardiologe Prof. Dietrich Andresen aus Berlin, der Neurowissenschaftler Prof. Dr. Tobias Esch und der Gesundheitsforscher Dr. Sebastian Schmidt-Kaehler zu sehen (v.l.n.r.).



© Steven Rößler

Freiheit und Verantwortung

Der Parlamentskreis Mittelstand als ordnungspolitisches Gewissen

Der Mittelstand ist für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand in Deutschland unverzichtbar. Weit über 99 Prozent der Unternehmen sind kleine und mittlere Betriebe. Mit ihrer tiefen regionalen Verwurzelung und der intensiven, von Verantwortung geprägten Verbundenheit mit den eigenen Mitarbeitern sind vor allem die Familienunternehmer ein wichtiger Stabilitätsanker für unsere Gesellschaft. Die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen vertritt innerhalb der CDU/CSU-Fraktion der Parlamentskreis Mittelstand (PKM).

Mittelständische Betriebe sind in allen Branchen unserer Volkswirtschaft zugegen; junge Existenzgründer stehen dabei neben etablierten Mittelständlern, Kleinstbetriebe, die auf den örtlichen Markt ausgerichtet sind, neben international aufgestellten »Hidden Champions«. Ihr gemeinsames Leitbild ist die eigenverantwortliche und selbsthaftende Unternehmerpersönlichkeit, die durch die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie ihr bürgerschaftliches Engagement die Gesellschaft an ihrem Erfolg teilhaben lässt. Der Mittelstand denkt in Generationen und nicht in Quartalsberichten. Er steht auch in Zeiten der Globalisierung fest zum Standort Deutschland. Hier wird das Miteinander von Arbeitnehmern und Arbeitgebern tagtäglich gelebt.

Bereits in der ersten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages gab Bundeskanzler Konrad Adenauer seiner Fraktion den Rat, sich gezielt um den Mittelstand zu kümmern. Aus diesem Auftrag ist mittlerweile die größte soziologische Gruppe der Unionsfraktion geworden. Mit derzeit 190 Mitgliedern engagieren sich 60 Prozent aller CDU/CSU-Abgeordneten im Parlamentskreis Mittelstand für die Belange kleiner und mittlerer Unternehmen.

Der PKM setzt sich in allen Politikbereichen nach ordnungspolitischen Grundsätzen für gute Rahmenbedingungen ein. Maßstab dabei ist das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft nach Ludwig Erhard, der dem PKM über viele Jahre selbst angehörte. In diesem Sinne steht der PKM für marktwirtschaftliche Lösungen und mündige Verbraucher statt staatlicher Bevormundung. Er steht für die Garantie der Privat- und Tarifautonomie, den Eigentumsschutz, gelebte Subsidiarität, fairen Leistungswettbewerb sowie Chancengerechtigkeit und Eigeninitiative anstelle von lähmender Vollkasko-Mentalität und Umverteilung.

Die Stärke des PKM liegt in der fachübergreifenden Arbeitsweise. In allen Arbeitsgruppen und Führungsgremien der Fraktion sowie in den verschiedenen Ressorts der Bundesregierung sind Mitglieder des PKM vertreten. So ist es möglich, aktuelle Themen und gesetzgeberische Vorhaben aus allen Politikfeldern auf ihre Mittelstandstauglichkeit hin zu prüfen.

Der direkte Kontakt mit den Selbstständigen und Familienunternehmern ist dem PKM-Vorsitzenden Christian von Stetten besonders wichtig. Denn bei aller Notwendigkeit organisierter Interessenvertretung ist der ungetrübte Blick auf die Sorgen und Nöte der Betriebe vor Ort der beste Garant für kluge politische Entscheidungen. In regelmäßigen Gesprächsrunden und Arbeitskreisen ist so über die Jahre ein dichtes Netzwerk mit Unternehmern, aber auch Verbandsvertretern entstanden, über das wirtschaftspolitische Sachverstand in den Gesetzgebungsprozess eingebracht wird – eine Aufgabe die sich lohnt, um die richtigen Entscheidungen für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand zu treffen.



Regier Austausch: Der Vorsitzende des PKM, Christian von Stetten (rechts), mit dem Vorsitzenden der Arbeitnehmergruppe, Peter Weiß (links von ihm), und anderen Mitgliedern der Fraktion

Die Gefahr, die aus dem Netz kommt

Fragen und Antworten zur Cyber-Sicherheit in Deutschland

Mitte Mai haben Hacker mit der Erpressersoftware »WannaCry« ein Wochenende lang rund 220.000 Computersysteme in 150 Ländern angegriffen. Sie verschlüsselten Dateien, die sie nur gegen Zahlung von Lösegeldern in der Internetwährung Bitcoin wieder freizugeben bereit waren. Betroffen waren Krankenhäuser, Unternehmen und Organisationen. In Deutschland verzeichnete die Deutsche Bahn, deren Anzeigentafeln ausfielen, die größten Störungen. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Digitalisierung – Stichwort: Industrie 4.0 oder Internet der Dinge – löste die weltweite Cyberattacke in Deutschland eine breite Debatte über die Notwendigkeit schärferer Sicherheitsvorkehrungen aus.

Wie ist der Stand der IT-Sicherheit in Deutschland?

In Deutschland trat im Sommer 2015 das IT-Sicherheitsgesetz in Kraft. Es besagt unter anderem, dass Betreiber kritischer Infrastrukturen ihre Informationstechnologien nach dem Stand der Technik absichern und sie alle zwei Jahre überprüfen lassen müssen. Auch Online-Shops müssen ihre IT-Systeme auf neuestem Sicherheitsstand halten und Vorkehrungen zum Schutz ihrer Kundendaten treffen. Darüber hinaus sind Telekommunikationsunternehmen verpflichtet, ihre Kunden zu warnen, wenn sie merken, dass deren An-

schlüsse für IT-Angriffe missbraucht werden. Schwerwiegende IT-Sicherheitsvorfälle müssen die Betreiber dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) melden.

Welche Rolle hat das BSI?

Das BSI, das seinen Sitz in Bonn hat, ging 1991 aus der Zentralstelle für Sicherheit in der Informationstechnik hervor. Derzeit sind dort rund 600 Mitarbeiter beschäftigt, darunter Informatiker, Physiker und Mathematiker. Als nationale Cyber-Sicherheitsbehörde trägt das BSI dafür Sorge, dass Informations- und Kommunikationstechnik vom Staat, von den Unternehmen und den Bürgern sicher eingesetzt werden kann. So erarbeitet das BSI beispielsweise Mindeststandards für Sicherheitsanforderungen und Handlungsempfehlungen zum Schutz vor Cyber-Attacken. Es schützt auch die IT-Systeme des Bundes.

Mit dem IT-Sicherheitsgesetz 2015 wurden die Kompetenzen des BSI ausgeweitet.

Was fällt unter

»kritische Infrastrukturen«?

Welche Infrastrukturen als kritisch gesehen werden, ist noch nicht abschließend festgelegt. Eine Verordnung vom Mai 2016 umfasst die Bereiche Energie, Informationstechnik, Telekommunikation sowie Ernährung und Wasser.

Denn nicht auszudenken wären die Folgen, wenn infolge eines Hackerangriffs es beispielsweise in einem Kernkraftwerk zu einer Kernschmelze käme oder wenn die Trinkwasserversorgung gefährdet wäre.

Eine weitere Rechtsverordnung, die sich noch in der Ressortabstimmung befindet, sieht vor, die Sektoren Finanzen, Transport, Verkehr und Gesundheit mit einzuschließen. Wie anfällig das Gesundheitswesen ist, zeigte die erpresserische Attacke Mitte Mai, von der unter anderem Krankenhäuser in Großbritannien betroffen waren. Ärzte und Krankenschwestern hatten keinen Zugriff mehr auf Patientenakten. Operationen mussten verschoben werden.

Was geschieht auf europäischer Ebene?

Auch die EU hat 2016 eine Richtlinie zur Netz- und Informationssicherheit verabschiedet, die der Bundestag im Mai in nationales Recht umgesetzt hat. Die EU-Richtlinie sieht den Aufbau nationaler Kapazitäten für die Cyber-Sicherheit, eine stärkere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und Mindestanforderungen sowie Meldepflichten vor. Da im nationalen IT-Sicherheitsgesetz vieles bereits vorweggenommen ist, befindet sich Deutschland hier in einer Vorreiterrolle.

Jugendliche haben so gute Chancen auf einen Ausbildungsplatz wie nie zuvor. Das ergibt sich aus dem Berufsbildungsbericht 2017, der im Mai vom Deutschen Bundestag beschlossen wurde. Auf **100** Schulabgänger, die einen Ausbildungsplatz suchten, kamen im vergangenen Jahr **104,2** Angebote. **520.300** Ausbildungsverträge wurden im Jahr 2016 geschlossen, das sind etwa gleich viele wie im Vorjahr. Allerdings ist es für viele Betriebe schwieriger geworden, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen. Rund **43.500** Ausbildungsplätze waren zum Stichtag 30. September 2016 noch unbesetzt. Das sind **1.900** mehr als im Vorjahr – ein Plus von **4,5** Prozent. **20.600** Jugendliche konnten zugleich keinen passenden Ausbildungsplatz finden. Im Vorjahr waren es **1,1** Prozent mehr.

Kriminalität: Wie der Staat den Bürger schützen muss

Von Roswitha Müller-Piepenkötter, Staatsministerin a.D.,
Bundesvorsitzende des Weißen Rings

Innere Sicherheit ist für Kriminalitätsoffer keine Frage eines diffusen Sicherheitsgefühls, sondern harte Realität. Wenn einer Rentnerin auf der Straße die Tasche mit der gerade abgeholten Monatsrente geraubt wird, dann fehlt das Geld für den Lebensbedarf des Monats. Wenn eine Wohnung bei einem Einbruch durchwühlt wird, dann sind nicht nur Wertgegenstände und Erinnerungsstücke weg, sondern die Privatsphäre ist in eklatanter Weise verletzt; oftmals folgt eine Traumatisierung mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen wie Herzrasen, Schlaflosigkeit und Schweißausbrüchen. Und wenn ein Mensch auf dem Arbeitsweg angegriffen



© WR/Al. Pietrek

und verletzt wird, dann wird er diese Stelle meiden und notfalls weite Umwege in Kauf nehmen oder es wird ihm sogar das Verlassen des geschützten Hauses aufgrund der psychischen Folgen unmöglich.

Kriminalitätsoffer erwarten, dass der Staat seine zentralen Aufgaben der weitestmöglichen Verhinderung von Straftaten und der Strafverfolgung erfüllt

und sich nicht auf die Schwierigkeiten mit ausländischen Banden und die Anonymität von Großstädten beruft.

Das geschieht nicht in ausreichendem Maße. Zwar ist die Zahl der in der polizeilichen Kriminalstatistik erfassten Wohnungseinbrüche 2016 erstmals nach Jahren zurückgegangen, aber noch immer sind es mehr als 150.000 registrierte Taten. Die Zahl der Gewaltdelikte ist eklatant gestiegen, nämlich die einfachen Körperverletzungen um 8,1 Prozent, die gefährlichen und schweren Körperverletzungen um 9,9 Prozent und die Sachbeschädigungen auf Straßen und Plätzen um 6,7 Prozent. Und es bleibt das Problem mit der Aufklärung von Straftaten: Beim Wohnungseinbruch liegt die Aufklärungsquote bei 16,9 Prozent, beim Taschendiebstahl bei 6,4 Prozent.

Sicher ist es richtig, den Selbstschutz der Bürger z.B. durch finanzielle Unterstützung von Sicherheitseinrichtungen in Häusern und Aufklärung über Methoden und

Tricks von Verbrechern zu fördern. Aber auch wenn fast 43 Prozent der Wohnungseinbrüche im Versuchsstadium stecken bleiben, ist das nicht beruhigend, denn es zeigt, dass zu viele Täter die frühzeitige Entdeckung durch die Polizei nicht fürchten, sondern nur an den Selbstschutzmaßnahmen der Bürger scheitern. Das Entdeckungsrisiko ist aber eines der wirksamsten Mittel der Verhütung von Straftaten.

Kriminalitätsoffer erwarten deshalb, dass der Staat seine Aufgabe der Verhütung und Verfolgung von Straftaten konsequent wahrnimmt. Dazu gehört eine ausreichende personelle und sachliche Ausstattung von Polizei und Justiz. Dazu gehört aber auch die Schaffung der gesetzlichen Instrumente, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können, wie z.B. Möglichkeiten der Video- und Telefonüberwachung, der Datenerfassung und -auswertung.

Ermittlungsverfahren werden zu oft eingestellt

Und dazu gehört eine konsequente Strafverfolgung durch die Justiz. Allzu oft erleben es Kriminalitätsoffer auch bei erheblichen Delikten gegen die körperliche Unversehrtheit oder die sexuelle Selbstbestimmung, dass Ermittlungsverfahren eingestellt werden, weil »die zu erwartende Strafe neben der wegen einer anderen Straftat zu erwartenden Strafe nicht beträchtlich ins Gewicht fällt«. Das ist ein Schlag ins Gesicht eines Menschen, der unter den Folgen der Straftat leidet, sagt es ihm doch, dass das, was ihm passiert ist, nicht so gravierend sei. Jedenfalls für Tötungs- und Sexualdelikte, Körperverletzung, Stalking und Raub sind die Möglichkeiten der Einstellung aus Opportunitätsgründen einzuschränken und Opferbelange besser zu berücksichtigen.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer
(verantwortl.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.



»Macron will Partnerschaft und Reformen. Gemeinsam müssen wir Europa stärken.«

Andreas Jung, Vorsitzender der deutsch-französischen Parlamentariergruppe, zu den deutsch-französischen Beziehungen unter dem neuen Präsidenten Emmanuel Macron

CDU  **CSU**
Fraktion im Deutschen Bundestag


© Steven Rösler

Die Fraktion im Internet und den sozialen Medien

Die Webseite der Fraktion:
www.cducusu.de

 [www.facebook.com/
cducusubundestagsfraktion](https://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)

Der Blog der Fraktion:
blogfraktion.de

 www.youtube.com/cducusu

Fraktion direkt:
www.cducusu.de/fraktiondirekt

 twitter.com/cducusu

Bundestagsdrucksachen:
www.bundestag.de

 [www.instagram.com/
cducusubt](https://www.instagram.com/cducusubt)

»Fraktion direkt« bestellen

»Fraktion direkt – Das Monatsmagazin« erscheint jeweils am Ende eines Monats. Bestellen können Sie das Heft unter fraktiondirekt.abo@cducusu.de

Über die aktuellen Entwicklungen informiert Sie wöchentlich »Fraktion direkt – Der Newsletter«. Den elektronischen Newsletter können Sie abonnieren unter www.cducusu.de/newsletter-abo. Sie erhalten dazu auch die PDF-Ausgabe von »Fraktion direkt – Das Monatsmagazin«.

Termine

19. Juni 2017
Werkstatträte-Konferenz
21. Juni 2017
Kongress zur urbanen Verkehrspolitik
21. Juni 2017
Fachgespräch zur EU-Verteidigungspolitik
26. Juni 2017
Kongress zur rentenpolitischen Bilanz
28. Juni 2017
Kongress »Deutschland 4.0«